

Informationsunterlage über den OZG-Onlinedienst Verpflichtungserklärung

Inhalt

A.	Zusammenfassung	2
B.	Die OZG-Leistung Verpflichtungserklärung.....	2
C.	Das Umsetzungsprojekt Verpflichtungserklärung	2
1.	Entwicklung und Betrieb des Onlinedienstes Verpflichtungserklärung	3
2.	Minimalversion Verpflichtungserklärung (MVP-Version)	3
3.	Technischer Ausbau des Onlinedienstes Verpflichtungserklärung	4
4.	Datenschutz	5
D.	Das weitere Vorgehen zur Anbindung hessischer Kommunen.....	5
1.	Rechtliche und organisatorische Dimension.....	5
2.	Finanzielle Dimension	5
3.	Technische Dimension.....	6
	Kontakt für Rückfragen.....	6

A. Zusammenfassung

Das Land Hessen hat gemeinsam mit den Kommunen Offenbach und Wiesbaden einen Onlinedienst für die OZG-Leistung Verpflichtungserklärung entwickelt und erfolgreich als MVP (Minimum Viable Product; ein sog. Minimalprodukt) pilotiert. Das MVP ermöglicht Nutzerinnen und Nutzern eine Verpflichtungserklärung nach § 66 Abs. 2 und § 68 Abs. 1 AufenthG rechtsverbindlich online gegenüber der Ausländerbehörde abzugeben bzw. - falls keine Authentifizierung über eID erfolgt - die Abgabe zumindest online vorzubereiten.

Hessische Kommunen können das MVP kostenfrei auf ihrer jeweiligen Webseite einbinden. Die Weiterentwicklung des MVP erfolgt parallel zur Einbindung auf den Webseiten und wird allen hessischen Kommunen zur Verfügung gestellt. Insgesamt ist das Ziel des Umsetzungsprojektes, dass sich alle hessischen Kommunen über das sog. OZG-Dashboard kostenfrei, flexibel und ohne großen Aufwand an die Lösung anbinden können.

B. Die OZG-Leistung Verpflichtungserklärung

Durch die Abgabe einer Verpflichtungserklärung kann der Verpflichtungsgeber die Kosten für den Lebensunterhalt von Drittstaatsangehörigen absichern. Die Verpflichtungserklärung ermöglicht Drittstaatsangehörigen so den Nachweis über für die Sicherung des Lebensunterhalts in den von den Auslandsvertretungen bzw. Ausländerbehörden geführten Titelerteilungsverfahren.

Die Verpflichtungserklärung begründet keine unmittelbaren Verpflichtungen des Verpflichtungsgebers gegenüber Drittstaatsangehörigen. Stattdessen eröffnet die Verpflichtungserklärung öffentlichen Stellen eine Rückgriffsmöglichkeit für den Fall, dass öffentliche Mittel für den Lebensunterhalt des Ausländers aufgewendet werden müssen, bspw. für die Versorgung mit Wohnraum sowie die Versorgung im Krankheitsfalle oder bei Pflegebedürftigkeit (§ 68 Abs. 1 AufenthG). Zugleich verpflichten sich die Erklärenden, für die Ausreisekosten des Ausländers aufzukommen (§ 66 Abs. 2, § 67 AufenthG). Die Verklammerung der Erklärungen erfolgt durch die Verwendung des bundeseinheitlichen Musters. Verbindliche gesetzeskonkretisierende Vorgaben für die Ausländerbehörden enthält die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz vom 26. Oktober 2009.

Verpflichtungsgeber können natürliche sowie juristische Personen als auch rechtsfähige Personengesellschaften sein.

C. Das Umsetzungsprojekt Verpflichtungserklärung

Das Kernteam des Umsetzungsprojekts Verpflichtungserklärung besteht in seiner gegenwärtigen Besetzung aus Vertretungspersonen

- des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport,
- des hessischen kommunalen IT-Dienstleisters ekom21 – KGRZ Hessen (Körperschaft des öffentlichen Rechts),
- der Ausländerbehörden Offenbach und Wiesbaden.

Leistungsverantwortlicher des OZG-Umsetzungsprojektes ist Herr Kristoffer Wentz, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Kristoffer.Wentz@hmdis.hessen.de, +49 (611) 353 1642.

1. Entwicklung und Betrieb des Onlinedienstes Verpflichtungserklärung

Die Entwicklung des Onlinedienstes „Verpflichtungserklärung“ erfolgt seit Mai 2020 – aufbauend auf den Ergebnissen des sogenannten Digitalisierungslabors – durch das Land Hessen in Zusammenarbeit mit dem kommunalen IT-Dienstleister ekom21 – KGRZ Hessen (Körperschaft des öffentlichen Rechts). Das Land Hessen hat die ekom21 über die Umsetzungsvereinbarung [„OZG Hessen Kommunal“](#) mit der Umsetzung aller OZG-Leistungen in Hessen beauftragt. Die Softwareentwicklungsverträge laufen bis zum 31.12.2023 und sollen ein halbes Jahr vor Ablauf der Verträge verlängert werden.

Der technische Betrieb des Onlinedienstes inklusive Wartung und Support erfolgt ebenfalls durch die ekom21. Die ekom21 nutzt zur Verarbeitung der Daten ihre BSI-zertifizierten Rechenzentren.

Der Onlinedienst ist auf der Softwareplattform civento der ekom21 realisiert. Civento ist eine frei erweiterbare, mandantenfähige Prozessplattform mit vollständigem Dokumentenmanagementsystem und Zahlungssystemintegration. Der Onlinedienst endet vorläufig am elektronischen Postkorb. Die Sachbearbeitenden erhalten einen Zugang zu civento und können dort die eingereichten Daten und Unterlagen als PDF-Datei herunterladen. Der Onlinedienst und das Fachverfahren sind voneinander getrennt. Eine Schnittstelle ins Fachverfahren besteht zunächst nicht. In Zukunft soll der Standard XAusländer für die Verpflichtungserklärung genutzt werden. Er wird bis Anfang 2021 von einem Expertengremium unter Leitung der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) um die entsprechenden Datenfelder erweitert.

Für jede Ausländerbehörde wird es einen separaten Link zu einer individuell konfigurierten Instanz der Onlinelösung geben. Die Datenschutzerklärung, das Logo und die Farbe der Onlinelösung kann individuell je nach Ausländerbehörde angepasst werden. Der Link muss auf den entsprechenden Webseiten der jeweiligen Ausländerbehörden eingebunden werden. Auf der sog. Absprungsseite können individuelle Hinweise erteilt werden, die dem Erwartungsmanagement (Welche ePayment-Lösungen werden unterstützt?) und der Steuerung der Nutzerinnen und Nutzer (In welchen Fällen ist die eigene Ausländerbehörde zuständig?) dienen können.

2. Minimalversion Verpflichtungserklärung (MVP-Version)

Der zu pilotierende Onlinedienst Verpflichtungserklärung wurde als Minimalversion, d.h. als sog. „Minimum Viable Product“ (MVP), zum 1. September 2020 in den Pilotausländerbehörden Offenbach und Wiesbaden produktiv gesetzt.

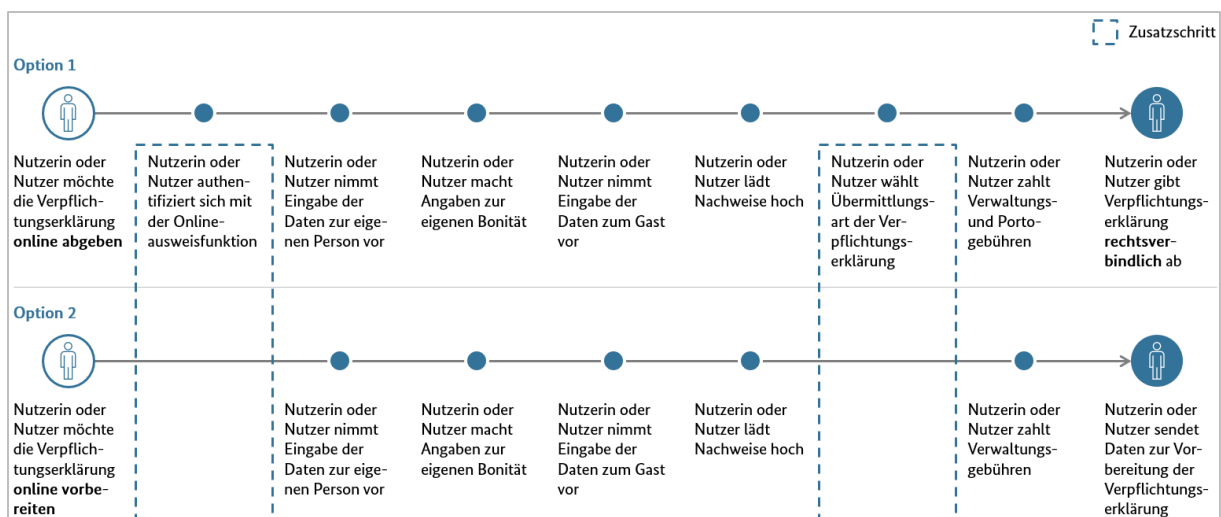
Das MVP wird fachlich zunächst die „Antragsstrecke Verpflichtungserklärung“ abdecken. Im Vergleich zu bisherigen Papier-Formularen mit ihren zahlreichen Anlagen benötigen Nutzerinnen und Nutzer entweder einen oder – bei Nutzung der Onlineausweisfunktion – gar keinen Vor-Ort-Termin bei der Ausländerbehörde mehr. Im letzteren Fall erfolgt die rechtsverbindliche Abgabe der Verpflichtungserklärung vollständig online. Die in § 68 Abs. 2 Satz 1 AufenthG angeordnete Schriftform wird dabei durch die elektronische Form ersetzt, vgl. § 3a Abs. 2 Satz 1 und Satz 4 Nr. 1 2. Fall (L)VwVfG. Bei Nutzung der Onlineausweisfunktion wird zudem die Möglichkeit der Rücksendung per „Einschreiben Eigenhändig Rückschein“ angeboten. Wird die Online-Ausweisfunktion nicht genutzt, dient die Lösung der Vorbereitung der Verpflichtungserklärung auf dem bundeseinheitlichen Muster und des dann einzigen für die Abgabe erforderlichen Behördentermins. Nachfragen der Ausländerbehörden soll die Lösung obsolet machen.

Die intelligente Onlinelösung fragt auf Basis vorheriger Antworten nur relevante Informationen ab und verschlankt damit den Aufwand. Eingebettete Hilfetexte liefern zudem Erklärungen und unterstützen Nutzerinnen und Nutzer. Die notwendigen Daten können komplett online eingegeben und alle nötigen Nachweise direkt in der Onlinelösung hochgeladen werden. Die Lösung trägt den an die Arbeit der Ausländerbehörden gestellten Anforderungen der Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz Rechnung. Zudem berücksichtigt sie die im bundeseinheitlichen Merkblatt vorgenommene Differenzierung zwischen kurz- und langfristigen Aufenthalten. Die abgefragten Daten und Nachweise sollen der zuständigen Ausländerbehörde eine sachangemessene Prüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Erklärenden im Haftungsfall ermöglichen. Es wurde bewusst nicht vorgesehen, dass die Nutzerinnen und Nutzer die vorgesehenen Nachweise zur Ihrer Bonität durch Auskünfte von Wirtschaftsauskunfteien ersetzen können.

Einen unmittelbaren Eindruck von der Onlinelösung kann der [Testlink](#) verschaffen.¹

Aufschluss über die Details des zugrunde liegenden Prozesses der Online-Lösung Verpflichtungserklärung übermittelt nachfolgende Darstellung.

Abbildung 1: Übersicht über die beiden für Privatpersonen angebotenen Online-Prozesse



Die Onlinelösung hat neben der eigentlichen Antragsstrecke weitere Module der ekom21 integriert, z.B. epay21 als ePayment-Komponente. Damit können externe Zahlungsdienstleister in die Onlinelösung eingebunden werden, beispielsweise PayPal, Visa, Mastercard, giro pay oder Sepa-Lastschrift. Auch eine Integration von ePayBL ist unkompliziert möglich. Die Online-Authentifizierung findet über die Konfiguration des Bürger- und Servicekontos des Landes Hessen in der Online-Lösung statt, das allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung steht.

Die Antragsstrecke wird anfangs nur in deutscher Sprache angeboten, soll jedoch zeitnah nach der Produktivsetzung auch in englischer Sprache verfügbar sein. Im Ergebnis werden Nutzerinnen und Nutzer durch einen Onlinedienst geführt, an dessen Ende die eingegebenen Daten an die Ausländerbehörde (elektronischer Postkorb) übermittelt werden.

3. Technischer Ausbau des Onlinedienstes Verpflichtungserklärung

¹ URL der Test-Version lautet: https://portal-civ-qs.ekom21.de/civ-brd-qs.public/start.html?oe=00.00.VE&mode=cc&cc_key=Verpflichtungserklaerung

Für den weiteren Verlauf des Umsetzungsprojektes werden folgende technische Weiterentwicklungen diskutiert:

- Redesign der Antragsstrecke zur Erhöhung der Nutzerfreundlichkeit
- Anbindung an Fachverfahren über den XAusländer-Standard
- Anbindung eines Rückkanals für die Ausländerbehörden
- Integration des Servicekontos für Organisationen und Unternehmen
- Entwicklung einer zentralen Portallösung anstatt individueller Links für jede Ausländerbehörde (d.h. es gibt ein Onlineportal für die Verpflichtungserklärung, das auf den Webseiten der Ausländerbehörden eingebettet werden kann. Die abgegebenen Antragsdaten werden dann zu der zuständigen Ausländerbehörde vermittelt)

4. Datenschutz

Die Entwicklung des Onlinedienstes erfolgte von Anfang an in enger Abstimmung mit den Datenschutzbeauftragten der jeweiligen Pilotkommunen (Offenbach und Wiesbaden). Zur Schutzbedarfsfeststellung sowie Bewertung des Vertrauensniveaus wurden externe Spezialisten sowie die Abteilung Cyber- und IT-Sicherheit des HMdIS hinzugezogen.

Verantwortliche im Sinne des DSGVO sind die Ausländerbehörden, die für den Empfang der Verpflichtungserklärungen gemäß § 66 Abs. 2 und § 68 Abs. 1 AufenthG zuständig sind. Den Ausländerbehörden können entsprechende Muster für das Informationsschreiben nach Art. 13 DSGVO für die Verpflichtungserklärung (Datenschutzerklärung), sowie weitere Datenschutzdokumente (Auftragsverarbeitung, technische und organisatorische Maßnahmen, etc.) hinsichtlich der genutzten Softwareplattform civento zur Verfügung gestellt werden.

D. Das weitere Vorgehen zur Anbindung hessischer Kommunen

1. Rechtliche und organisatorische Dimension

Aktuell ergeben sich folgende rechtliche und organisatorische Anforderungen für eine Beteiligung am Onlinedienst:

- Anpassung des Datenschutzkonzepts (Datenschutzerklärung, Verarbeitungsverzeichnis, evtl. Datenschutzfolgeabschätzung)
- Bereitstellung aller notwendigen Informationen der Ausländerbehörden für die Einbettung der Onlinelösung durch die ekom21 (z.B. Verträge, Liste an zugriffsberechtigten Personen, Logo, Farbschema)
- Bereitstellung von Informationen für Kundinnen und Kunden der ABH

Ein Bereitstellungsprozess wird von der ekom21 angeboten. Nach Abschluss des Prozesses wird vrstl. ab Q1 2021 eine direkte Anbindung über das OZG-Dashboard möglich sein. ABH können sich darüber eigenständig an die Onlineleistung anbinden und ihre Datenschutzerklärungen einbetten. Zwischenzeitlich wird die Anbindung von der ekom21 durchgeführt, wofür eine stufenweise Anbindung hessischer Kommunen denkbar ist.

2. Finanzielle Dimension

Die Nachnutzung des MVP durch hessische Ausländerbehörden ist zumindest bis Ende 2024 kostenlos (Onboarding- und Betriebskosten). Die Entwicklungs- und Pflegekosten sollen durch

Kostenaufteilung über die nachnutzenden Länder und das Land Hessen abgedeckt werden.
Auf die Kommunen kommen somit vorerst keine weiteren Kosten zu.

3. Technische Dimension

Für eine Beteiligung an dem Onlinedienst ergeben sich folgende technische Anforderungen:

- Firewall-Freischaltung für den Backendzugriff in den Ausländerbehörden
- Anbindung ePayment (ePay21, ePayBL)
- Einbettung des Frontend-Links auf der ABH Webseite
- Testen des Onlinedienstes.

Kontakt für Rückfragen

Herr Kristoffer Wentz

Referat Aufenthaltsrecht (Rechtsabteilung)

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Friedrich-Ebert-Allee 12

65185 Wiesbaden

Tel.: +49 (611) 353 1642

E-Mail: kristoffer.wentz@hmdis.hessen.de / aufenthaltsrecht@hmdis.hessen.de